

*Frau
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Verena Dunst
Landhaus
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt, am 10. Juni 2021

Selbständiger Antrag

der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Kilian Brandstätter, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

des Burgenländischen Landtages vom betreffend Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit

Die Covid-19-Pandemie hat zu einer dramatischen Entwicklung am österreichischen Arbeitsmarkt geführt. Ende März sind knapp 460.000 Menschen ohne Job und rund 490.000 Personen zur Kurzarbeit angemeldet. Besonders junge Menschen sind derzeit von Arbeitslosigkeit und Perspektivenlosigkeit betroffen. Jene Jugendlichen, die Fachkräfte von morgen sind (in Österreich entscheiden sich knapp 40 Prozent der Jugendlichen mit 15 Jahren für eine Lehrausbildung) haben es momentan schwer, eine Lehrstelle in einem Betrieb zu bekommen. Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise lassen auch einen Wegfall von weiteren Lehrstellen befürchten.

Die Auswirkungen fehlender Chancen auf eine Ausbildung sind massiv. Arbeitslos zu sein, bedeutet nicht nur einen kurzfristigen Verdienstausschlag, sondern zeigt auch langfristige Folgen – auch nach zehn Jahren ist der Einkommensverlust noch immer zu spüren. Nichts ist schlimmer und demotivierender als gleich zu Beginn des Arbeitslebens mit Arbeitslosigkeit konfrontiert zu werden. Lehrlinge wurden im Krisenmanagement der Bundesregierung kaum berücksichtigt und drohen zu einer vergessenen Generation zu werden. Das bestätigt auch die unlängst veröffentlichte Ö3-Jugendstudie, in der 79 Prozent der 16 und 17-jährigen Berufstätigen angeben, dass die Politik bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie die Probleme der jungen Generation nicht berücksichtigt. Insbesondere Jugendliche leiden unter eingeschränkten Kontakten und sind einer hohen psychischen Belastung ausgesetzt.

Die offizielle Zahl von derzeit über 6.500 Lehrstellensuchenden in Österreich wäre schlimm genug. Tatsächlich ist ihre Zahl mit knapp 21.000 mehr als dreimal so hoch, zeigt eine aktuelle Analyse der Arbeiterkammer. Auch die Jugendlichen in Schulungen des Arbeitsmarktservice und in der überbetrieblichen Ausbildung bräuchten ja eigentlich eine Lehrstelle in einem Betrieb. Die Lücke zwischen Lehrstellensuchenden und offenen Lehrstellen ist in der Corona-Krise größer geworden. Hinter diesen abstrakten Zahlen stecken Sorgen und Schicksale von jungen Menschen. Weniger Lehrlinge heißt auch zukünftig weniger Fachkräfte und das hätte negative Auswirkungen für Österreichs Wirtschaft.

Wer das Glück hat, doch noch eine Lehrstelle im Betrieb gefunden zu haben, wird manche Covid-19-bedingt notwendige Maßnahme seitens der Bundesregierung vermissen: Für den Distanz-Unterricht der Berufsschulen während der Schul-Lockdowns hatten viele keine passenden digitalen Geräte, es fehlten FFP2-Masken und Test-Kits für die Lehrlinge in der Berufsschule. Und während es für die anderen Schulen ein eigenes Förderbudget gibt, um im Schul-Lockdown Versäumtes nachzuholen, ist das für die Berufsschulen nicht vorgesehen.

Es müssen Maßnahmen für mehr Lehrstellen gesetzt werden, um die Lage am Lehrstellenmarkt zu entschärfen. Dafür ist es notwendig, dass alle Lehrlinge in der vorgesehenen Lehrzeit ihre Lehre abschließen können. Es müssen mehr Lehrplätze geschaffen werden und die Bezahlung von Lehrlingen muss attraktiver gestaltet werden – wenn wir mehr Fachkräfte wollen, muss es attraktiv sein als Fachkraft zu arbeiten. Seitens der Bundesregierung müssen daher insbesondere folgende Maßnahmen gesetzt werden:

- Schaffung von ausreichend Plätzen in der überbetrieblichen Ausbildung und Erhöhung der Ausbildungsbeihilfen im ersten und zweiten Lehrjahr, vor allem für junge Erwachsene;
- Aufstockung der Ausbildungsplätze im staatlichen und staatsnahen Bereich.
- Verpflichtung des Bundes zur Übernahme der Kosten von neu geschaffenen Lehrstellen in Gemeinden;
- Pro 25 MitarbeiterInnen die Verpflichtung einen Lehrling auszubilden.
- Ausdehnung der gesetzlichen Weiterbeschäftigungszeit gemäß Berufsausbildungsgesetz von drei auf sechs Monate;
- Erweitertes psychosoziales Angebot für Lehrlinge an den Berufsschulen und in den Betrieben;
- Freistellung vom Betrieb für Lerntage, die die Lehrlinge beispielsweise zusätzlich in der Berufsschule oder in anderen Kursmaßnahmen zum Nachholen und Festigen des Lernstoffs nutzen können;
- Unterstützung der BerufsschülerInnen, um sich auf die Lehrabschlussprüfung vorbereiten zu können, um Lernrückstände aufholen zu können, die sowohl die praktischen als auch die theoretischen Unterrichtsfächer betreffen können;
- Digitalisierungsoffensive in den Berufsschulen (Laptop, WLAN im Internat).

Der Landtag hat beschlossen:

Der burgenländische Landtag bekennt sich zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und zur Sicherstellung von Bildung sowie Ausbildung aller Jugendlichen.

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge notwendige Schritte im Sinne der Antragsbegründung im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit setzen und eine Sicherstellung von Bildung und Ausbildung garantieren.